

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 56 (1962)
Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : wer ist schuld? ; "Biegsame Festigkeit" ; Zur Lage in der DDR ; Die kommende Revolution in Lateinamerika
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140680>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schau von einer Wirtschaftsordnung hatten, die *allen* Menschen ein menschenwürdiges Dasein bereitet.» Und sie fügt dem persönlich bei: «Wir haben hier nicht mehr eine apathische, verängstigte oder zynische Masse, sondern anwachsende Begeisterung. ‚Wenn die Not am größten, ist Gottes Hilf‘ am nächsten.‘ Das soll keinen verführen, nur einen Atemzug lang den Eifer zu mindern. Denn wenn der Teufel seine Felle wegschwimmen sieht, dann kennt seine Wut keine Grenzen. Der Kampf hat erst begonnen. Die Kämpfer werden gestärkt, wenn mehr und mehr Menschen an den Sieg glauben.»

Wir können Ihnen, liebe Alice Herz, zu Ihrem Geburtstag nichts Besseres wünschen, als daß Sie täglich Kraft und Freudigkeit bekommen mögen, den guten Kampf weiterzukämpfen, und daß Sie mit uns den Tag der großen Wende in der Völkerwelt erleben mögen, auf den wir alle so sehnsüchtig harren.

H. K.

WELTRUNDSCHAU

Wer ist schuld! Der Schreibende hat es aufgegeben, mehr als nur summarisch die Berichte über die sogenannte *Abrüstungskonferenz* in Genf zu lesen. Es *kann* ja im Ernst überhaupt nicht von einer Verminderung oder gar einer Abschaffung der Kriegsrüstungen die Rede sein, solange die Regierungen der «freien Welt» sich in ihrem Kampf gegen den Kommunismus in erster und letzter Linie auf militärische Machtmittel verlassen, und solange die Rüstungsaufträge mindestens in den Vereinigten Staaten als unentbehrlich erachtet werden, um die kapitalistische Wirtschaft in Gang zu halten. So ist es denn auch ganz normal, daß es in Genf nicht einmal zu einem Abkommen über die Einstellung der *Kernwaffenversuche* langte, vielmehr nach der Wiederaufnahme der sowjetischen Versuche nun auch die Vereinigten Staaten neue atomare Explosionen in großem Stil vornehmen. Die Amerikaner beteuern natürlich, wie im letzten Herbst die Russen, sie hätten nur ganz widerwillig ihre neue Versuchsreihe begonnen; aber leider seien sie dazu einfach gezwungen gewesen, weil die Sowjetunion es beharrlich abgelehnt habe, gegebenenfalls Nachforschungen über unterirdische Geheimversuche auf ihrem Boden zuzulassen. Und diese Behauptung wird in der ganzen westlichen Welt weiterverbreitet und geglaubt.

Ist sie aber auch wahr? Sie ist erwiesenermaßen falsch! Der amerikanische Schriftsteller und Journalist I. F. Stone, dem wir ein grundlegend aufschlußreiches Buch über den Koreakrieg verdanken, führt schon seit Jahren einen zähen Kampf gegen die Behauptung, unterirdische Kernwaffenversuche könnten in einer gewissen Entfernung überhaupt nicht festgestellt oder doch nicht von einem Erdbeben

unterschieden werden. Schon im Jahre 1958 zwang er den amerikanischen Atomkraftausschuß (die höchste zuständige Behörde in den Vereinigten Staaten) zuzugeben, daß die erste unterirdische Explosion in der Wüste von Nevada sofort in dem fernen Alaska festgestellt werden konnte, obwohl der Ausschuß zuerst behauptet hatte, sie könne nur im Umkreis von 200 Meilen entdeckt werden. Stone bestreitet auch jetzt entschieden, daß atomare Geheimversuche von irgendwie nennenswerter Stärke irgendwo auf oder unter der Erde angestellt werden könnten, ohne schnell entdeckt zu werden. Im Londoner «New Statesman» (13. April) belegt er das mit Angaben, die meines Wissens bisher von keiner Seite entkräftet worden sind — aus guten Gründen. Er führt insbesondere drei Fälle an, die es wert sind, in der ganzen Welt bekannt zu werden. Erstens: Die sowjetische Untergrundexplosion vom 2. Februar dieses Jahres, die die Russen gerade zu dem Zweck geheimhielten, um zu beweisen, daß die Amerikaner sie dennoch entdecken würden. Die Amerikaner fielen denn auch glatt auf diese Probe herein und stellten sofort genau fest, wann und wo die Explosion stattgefunden habe. Als die Russen sie dabei behafteten, suchte sich der amerikanische Delegationsführer Dean in Genf mit der Behauptung herauszureden, es habe sich bei dem Versuch von Semipalatinsk eben um eine «ganz große» Explosion gehandelt (man sprach von 50 Kilotonnen). Tatsächlich stellten nicht die Russen, sondern die Schweden auf der Erdbebenwarte von Upsala (einer der besten der Welt) fest, daß es sich um eine Explosion von nur 10 Kilotonnen Stärke gehandelt habe. Dabei gelten Explosionen bis 20 Kilotonnen überhaupt noch nicht als «interessant».

Der zweite und dritte Fall, den Stone erwähnt, betrifft Berichte des amerikanischen Küsten- und Erdmessengerdienstes, die die USA-Regierung aber wohlweislich der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht hat. Dieser amtliche Beobachtungs- und Warndienst mit seinen 23 Stationen, die von Alaska bis zum Südpol und westwärts bis Guam und Okinawa reichen, konnte jeden einzelnen Nuklearversuch feststellen, den die Amerikaner unlängst in Nevada und Neu-Mexiko gemacht haben, sogar wenn die Sprengladung nicht einmal *eine* Kilotonne betrug. Atomare Explosionen können zudem mit den heutigen wissenschaftlichen Verfahren deutlich von Erdbeben unterschieden und der Ort ihrer Auslösung bis auf ein par Zehntelsmeilen genau festgestellt werden. Stone widerlegt auch die Behauptung des «Vaters der Wasserstoffbombe», Dr. Eduard Teller (eines berühmten Kommunistenhetzers), man könne jetzt die Wirkungen einer Kernwaffenexplosion derart abschwächen, daß sich beispielsweise eine Sprengladung von 300 Kilotonnen in einiger Entfernung wie eine solche von nur einer Kilotonne ausnehme. Das Gegenteil ist wahr: Amerikanische Versuche haben ergeben, daß eine in Nevada herbeigeführte Explosion in so weit entfernten Ländern wie Schweden, Finnland und Japan nicht abgeschwächt, sondern verstärkt wahrgenommen wurde!

Kurz, es waren nur Scheingründe, die die Regierung der Vereinigten Staaten in Genf vorbringen ließ, um von der Sowjetunion die Zulassung ausländischer Fachleute zur allfälligen Feststellung von russischen Geheimversuchen zu verlangen. Stone sagt denn auch, der amerikanische Delegationschef Dean sei zwar ein geschickter Advokat, aber wissenschaftliche Ehrlichkeit könne man ihm kaum zubilligen*. Was war dann aber der wirkliche Grund dafür, daß die Amerikaner an ihrer vielberedeten Kontrollforderung die Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche scheitern ließen? Einesteils ihre Entschlossenheit, unter allen Umständen neue Versuche vorzunehmen, besonders auf dem Gebiet der Raketenabwehr, um ihren Vorsprung in der Kernwaffenrüstung gegenüber den Russen nicht verringern zu lassen, andernteils für den Fall, daß die Sowjets, um eine Wiederaufnahme der amerikanischen Versuche zu vermeiden, doch eine Inspektion annehmen sollten, die Hoffnung, auf diesem Weg die Standorte der Abschußanlagen für russische Atomraketen ausfindig zu machen und so die sowjetische Verteidigung gegen einen amerikanischen Kernwaffenangriff (der als «Präventivschlag» getarnt würde) zu lähmen. Die Furcht, sich einem solchen atomaren Vernichtungsschlag auszusetzen, war für die Sowjetregierung auf jeden Fall der entscheidende Grund nicht nur für ihre Weigerung, fremde Atominspektoren in der Sowjetunion zuzulassen, sondern auch für ihren Entschluß, ihre Verteidigungskraft durch den Ausbau ihrer Raketenabwehr und entsprechende Versuchsexplosionen zu stärken. Und nachdem die Vereinigten Staaten als Antwort auf die sowjetischen Versuche vom vergangenen Herbst ihrerseits neue Kernwaffenexplosionen zu veranstalten begonnen haben, wird auch die Sowjetunion kaum lange zuwarten, um eine zweite Versuchsreihe abzuwickeln.

Man kann natürlich, wie es die Amerikaner tun, auch den Russen gegenüber behaupten, ihr Widerstand gegen eine internationale Überwachung von Kernwaffenversuchen sei nur ein Vorwand, um sich freie Hand für die Fortsetzung ihrer Versuche zu wahren. Allein das wäre doch unbillig. Die Russen haben *wirklich* Angst vor den amerikanischen Bemühungen, ihre Raketenstützpunkte auszukundschaften; die Spionageflüge der U-2-Maschinen sind unvergessen. Und Sicherheit gegenüber solchen Bemühungen schienen ihnen auch die Vermittlungsvorschläge neutraler Staaten an der Genfer Konferenz nicht zu bieten, zumal die Vereinigten Staaten sie unzweideutig ablehnten. Hätten die Amerikaner einen Vertragsentwurf ohne Kontrollvorbehalt aufgestellt, so hätten ihn die Russen ohne weiteres unterschrieben.

* In seinem kleinen Wochenblatt («I. F. Stone's Weekly», Washington, 16. April) drückt er sich noch schärfer aus. Daß sich die Vertreter der neutralen Staaten diese Taktik des Verschweigens und Irreführens gefallen lassen, wäre unverständlich, wenn nicht, wie Stone dort erzählt, der ganze Konferenzbetrieb äußerst undurchsichtig und schwerfällig wäre. Die Pressekonferenzen seien «nur eine milde, aber wirksame Abart von Einseifung» (brain-washing, wörtlich: Gehirnwäsche).

Aber auch wenn man annehmen wollte, die Sowjetunion wolle unter allen Umständen neue Kernwaffenversuche anstellen, um ihre letztjährigen Versuche voll auszuwerten, so könnten sie mit Recht geltend machen, daß alle ihre Versuche nicht imstand wären, aus ihrer Kernwaffenrüstung ein Werkzeug des Angriffs zu machen, vielmehr immer nur ihre Fähigkeit erhöhen könnten, auf einen atomaren Angriffsschlag der Vereinigten Staaten wirksam zu antworten, und daraus darf ihnen nur der eine Vorwurf gemacht werden, der mit uns auch die atomare Verteidigungsrüstung grundsätzlich ablehnt.*

Fragt man also, wer an dem neuen atomaren Wettrüsten schuld sei, so wird man antworten müssen: Zum mindesten nicht einseitig die Sowjetunion, sondern überwiegend die Vereinigten Staaten. Auch wenn man findet, die Sowjetunion hätte letztes Jahr nicht neue Kernwaffenversuche durchführen, sondern ihre atomare Unterlegenheit gegenüber den Vereinigten Staaten einfach als Tatsache hinnehmen sollen, kann kein Zweifel daran bestehen, daß sie einen Überraschungsschlag gegen Amerika niemals führen könnte, selbst wenn sie es wollte; ihre atomare Rüstung ist ganz und gar auf Verteidigung eingestellt, nicht auf Angriff. Wieso kann man dann aber in den Vereinigten Staaten behaupten, elementare Sicherheitsbedürfnisse hätten die neuen amerikanischen Kernwaffenversuche zur unbedingten Notwendigkeit gemacht? Der deutsch-amerikanische Professor Hans Bethe sagte ja am 5. Januar ganz offen: «Wir wissen bereits soviel über die Atomwaffen, daß wir nur mehr sehr wenig zu lernen haben. Wir haben Waffen jeglichen Formats für alle vernünftigen militärischen Zwecke.» Angesichts solcher Feststellungen aus dem Mund höchster Autoritäten noch behaupten zu wollen, die Vereinigten Staaten hätten ihre atomaren Versuche wiederaufnehmen müssen, weil «ihre Sicherheit das verlange», heißt aller Vernunft und Logik ins Gesicht schlagen, wie die Neuyorker «Monthly Review» (Aprilheft) mit Recht bemerkt. «Die wirkliche Erklärung liegt wahrscheinlich in dem hemmungslosen Drängen der Militärs, besonders der Luftwaffe, daß alles nur Denkbare geschehen müsse, um den Vorsprung Amerikas festzuhalten, ja ihn zu erweitern. Im Sinn der wilden Kalt-Krieger von Washington heißt ‚Sicherheit‘ einfach die Fähigkeit, einen Präventivkrieg zu gewinnen.»

„Biegsame Festigkeit“

«Präventivkrieg» ist hier freilich ein ungenauer, ja irreführender Ausdruck, soll er doch die Vorstellung erwecken, daß die Vereinigten Staaten einem sowjetischen Angriff zuvorkommen (*praevenire*) müßten. Da aber, wie gesagt, die Sowjetunion viel zu schwach ist, um einen atomaren «ersten Schlag» gegen die Vereinigten Staaten zu führen, so entfällt damit für diese auch jeder Grund, einem allfälligen sowjetischen An-

* Vergleiche die Abhandlung von Professor Blackett, die auszugsweise in der April-Weltrundschau wiedergegeben wurde.

griff zuvorzukommen. Der stellvertretende Wehrmachtminister der USA, Rowell Gilpatrick, bekannte am 22. Oktober 1961 ausdrücklich, die amerikanische Kernwaffenrüstung sei der sowjetischen derart überlegen, daß sie für einen bloßen Gegenschlag mindestens ebensostarke Kräfte einsetzen könne wie die Sowjetunion für einen Angriffsschlag. «Wir können darum», so folgerte er, «sicher sein, daß die Sowjets keinen größeren Konflikt heraufbeschwören werden.» Wenn also in Amerika von «Präventivkrieg» die Rede ist, so ist damit tatsächlich auf gut deutsch einfach ein Angriffskrieg gemeint, ein Schlag, wie ihn etwa die Japaner mit ihrem Angriff auf Pearl Harbour führten. Und ein solcher Angriff läge denn auch wirklich auf der Linie der Druck- und Drohpolitik, die die Vereinigten Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges der Sowjetunion (und nun auch der Chinesischen Volksrepublik) gegenüber betreiben. Deren offenkundiger Zweck war und ist ja kein anderer, als die Sowjetunion entweder zur Kapitulation zu zwingen oder aber sie im Notfall einfach «auszuradiieren» (um den Ausdruck des westdeutschen Wehrmachtministers Strauß zu gebrauchen), so wie schon Hiroshima ausradiert wurde. Und da es bald klar wurde, daß sich die Sowjetunion durch bloße Drohung mit atomarer Vernichtung nicht auf die Knie zwingen lassen würde, gewann der Gedanke eines vernichtenden Gewaltschlags gegen den «Erzfeind» mehr und mehr Macht über die militärischen und auch politischen Planer der USA. Er wurde genährt durch die geflissentlich verbreitete Behauptung, die Vereinigten Staaten seien mit ihrer atomaren Rüstung in bedenklichem Rückstand gegenüber der Sowjetunion. Man sprach von einer angeblichen «Raketenlücke», die in der amerikanischen Kriegsrüstung bestehe, griff (von demokratischer Seite) die Militärpolitik Eisenhowers scharf an und setzte seine Hoffnung auf Kennedy, der in seinem Wahlfeldzug von 1960 die «Vernachlässigung der Kernwaffenrüstung» durch die republikanische Regierung nach Noten ausbeutete. Als dann die Wahrheit schließlich doch herauskam und die Geschichte von der «Raketenlücke» als Zweckpropaganda, ja als «Lüge von wahrhaft hitlerischem Ausmaß» (wie man gesagt hat) enthüllt war, da wurde die Herstellung und Anhäufung von Kernwaffen nicht etwa verlangsamt oder gar ausgesetzt — nein, der neue Präsident machte seine Wahlversprechungen wahr und ordnete eine Verstärkung der amerikanischen Kriegsvorbereitungen an, wie sie in diesem Tempo und Umfang bisher in Friedenszeiten unerhört gewesen war. Und dann wunderte und entrüstete man sich, als die Russen an die Erhöhung ihrer Abwehrbereitschaft herangingen und neue Kernwaffenversuche anstellten, die einerseits auf die Verbesserung der atomaren Sprengladungen, andererseits auf eine wirksamere Raketenabwehr ausgingen!

Daß es aber der Regierung der Vereinigten Staaten bei dem von ihr herausgeforderten Wettrüsten doch nicht wohl ist, zeigt ihre neuerdings wachsende Neigung, mit der Sowjetunion zu einem, wenn auch

sehr beschränkten Einvernehmen über *Berlin und Deutschland* zu kommen. Die Sache wurde ruchbar, als ein «Arbeitsprogramm» des amerikanischen Staatsdepartements für die Gespräche mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, die seit Wochen im Gang sind, vertraulich nach Bonn übermittelt und dort von interessierten Quertreibern an die große Glocke gehängt wurde. Der amerikanische Plan enthält anscheinend vier Hauptpunkte: 1. Schaffung einer internationalen Behörde für die Sicherung des Verkehrs nach und von Westberlin, unter Beteiligung der Deutschen Demokratischen Republik, die also in irgendeiner Form diplomatisch anerkannt werden müßte; 2. Einsetzung gemischter west-ostdeutscher Ausschüsse, die technische Fragen, aber auch Fragen der deutschen Einigung zu studieren hätten; 3. Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen Ost- und Westblock, mit tatsächlicher, wenn auch nicht förmlicher Anerkennung der bestehenden Grenzen und 4. Verzicht auf Abgabe von Atomwaffen an Staaten, die sie noch nicht besitzen.

Es versteht sich, daß der Washingtoner Plan in Westdeutschland Aufregung, ja Bestürzung hervorrief. Die Gegenwirkung hat denn auch sofort eingesetzt, und auf amerikanischer Seite hat man sich darum beeilt, immer und immer wieder zu versichern, daß man nicht daran denke, auf Kosten der Bundesrepublik an Moskau und «Pankow» irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Das Frankreich de Gaulles will ohnehin von Verhandlungen mit der Sowjetunion überhaupt nichts wissen; und ob die britische Regierung gegen westdeutschen Widerstand zu einem Entgegenkommen in der Richtung der vier Punkte bereit wäre, ist mehr als zweifelhaft. Dazu kommt, daß der amerikanische Plan, auch wenn er vollständig verwirklicht würde, mindestens in Beziehung auf Berlin nicht weit genug ginge, um eine einigermaßen dauerhafte Friedenssicherung zu gewährleisten; namentlich die Frage der Abwanderung aus der DDR und auch diejenige einer Einstellung der Unterwühlung der DDR von Westberlin aus bliebe in der Hauptsache ungelöst. Trotzdem wäre doch wenigstens ein Anfang mit der Lösung der Berlinfrage gemacht, wäre immerhin die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes um Berlins willen verringert. Und sowohl die Vereinigten Staaten als die Sowjetunion haben in der Tat allen Grund, einen solchen Zusammenstoß zu vermeiden, also eine wenn auch nur vorläufige Entspannung herbeizuführen. Die Vereinigten Staaten haben schließlich noch andere und größere Sorgen als die deutsche Frage; Südostasien besonders und Lateinamerika sind auf die Länge für sie viel wichtiger als Berlin, so sehr auch der frühere westdeutsche Außenminister von Brentano letzthin in Neuyork betonen mochte, die amerikanische Freiheit werde an der Spree verteidigt. Für Westberlin selber wird überdies die Lage zunehmend unhaltbarer; bloßes eigensinniges Beharren auf den bisherigen Stellungen genügt darum für die Westmächte je länger, je weniger. Für Präsident Kennedy wäre es im Hinblick auf die Herbstwahlen zur Bundesversamm-

lung auch innenpolitisch eine Erleichterung, wenn er bald auf einen gewissen Erfolg seiner Bemühungen um eine internationale Entspannung hinweisen könnte.

Ähnliches gilt für Chruschtschew; wenn er der festgefahrenen sowjetischen Landwirtschaft aufhelfen und die sehr ehrgeizigen Ziele des neuen Parteiprogrammes auch nur einigermaßen erreicht sehen will, dann muß die drückende Rüstungslast unbedingt erleichtert und ein wirklicher Anfang mit der «friedlichen Koexistenz» gemacht werden — und zwar rasch. Kurz, eine Politik der «biegsamen Festigkeit» drängt sich für die Russen ebenso auf wie für die Amerikaner, wobei nur die Frage ist, wer namentlich in Berlin mehr festbleiben darf und wer eher Biegsamkeit beweisen muß. Eine schwierige Entscheidung in einer so übermäßig mit Gefühlswerten beladenen Streitsache, wie es die Berlinfrage ist!

Zur Lage in der DDR

Inzwischen verschärfen sich in der Deutschen Demokratischen Republik neuerdings die inneren Spannungen. Die Versorgung der Bevölkerung mit Wirtschaftsgütern läßt gegenwärtig besonders viel zu wünschen übrig. Wichtige Lebensmittel — von Genußmitteln ganz zu schweigen — mangeln vielerorts in bald unerträglichem Maß. Auch Kleider, Wäsche und Schuhe sind nur in ungenügender Menge oder Güte zu haben. Mit Haushaltgegenständen und sonstigen Waren des täglichen Bedarfs steht es sowieso bedenklich. Knappheit und Schwerfälligkeit herrschen im ganzen Versorgungsbetrieb. Die Bauern üben halt vielfach ganz gewöhnliche Sabotage. Von den Arbeitern und Angestellten aber werden immer höhere Leistungen (bei meist gleichbleibendem Lohn) verlangt. Der geistige und politische Druck auf die Bildungsschicht, wie auf die Bevölkerung ganz allgemein, scheint gleichzeitig ebenfalls zuzunehmen. Die Unzufriedenheit im ganzen Volk wird noch vermehrt durch Willkürhandlungen, Unverstand und Anmaßung von Beamten und Funktionären aller Stufen und Arten; die Erschwerung, ja Verhinderung des Reisens auch nur in die Bundesrepublik, selbst in vollkommen berechtigten Fällen, macht dauernd besonders böses Blut. Und so weiter, und so fort.

Das Grundproblem, das sich der DDR von Anbeginn an stellte, ist eben auch heute, 17 Jahre nach Kriegsende, noch nicht gelöst, zum Teil sogar eher schwerer lösbar geworden: die Notwendigkeit, eine neue gesellschaftliche Ordnung, eine sozialistische Wirtschafts- und Staatsverfassung mit einer dafür noch nicht reifen, ja widerspenstigen Bevölkerungsmehrheit und mit einer ungenügenden wirtschaftlichen Grundlage aufzubauen. Die Revolution kam ja nicht von unten her, sie wurde nicht von einer auch nur einigermaßen starken, selbsttätigen Volksbewegung getragen wie etwa in Rußland, China, Kuba, Vietnam; sie mußte von oben her befohlen und durchgesetzt werden —

mit Zwang und Diktatur. Die Aufgabe war also, diesen Notbehelf durch eine tragfähige Volksgrundlage zu ersetzen, die Volksmehrheit für die neue Ordnung durch Beispiel, Leistung und Erziehung zu gewinnen. Das wurde natürlich auch versucht — aber bisher mit durchaus unbefriedigendem Erfolg. Schuld daran ist größtenteils ein gewisser doktrinärer Geist in der Auffassung, Vertretung und Verwirklichung des Sozialismus, der amtlich nur in seiner eng marxistisch-leninistischen Gestalt als echt und rechtgläubig gelten gelassen wurde und wird. Daß dadurch diejenigen Volkskreise, die weltanschaulich auf einem anderen Boden stehen, abgestoßen wurden, ist ebenso verständlich wie die Mißstimmung und Auflehnung, die in den betroffenen Schichten durch eine zum Teil schematische, voreilige oder überstürzte Sozialisierung erzeugt wurde, so berechtigt, ja notwendig an sich eine fortschreitende Übertragung des Eigentums an den maßgebenden Wirtschaftsmitteln auf die Volksgemeinschaft auch war und ist.

Statt freiwilliger, überzeugter Mitarbeit von «unten» wurde so weitherum einfach Widersetzlichkeit, Gleichgültigkeit, Heuchelei und Strebertum gezüchtet — genau das Gegenteil von dem, was für den Aufbau eines echten Sozialismus nötig ist. Das erwies sich als besonders verhängnisvoll angesichts der Lockung, die von dem «goldenen Westen» ausging, und die mit der Zeit zu einer eigentlichen Massenflucht in die nahe Bundesrepublik führte. Es ist nur zu richtig, daß die allermeisten dieser Flüchtlinge sich keine genügende Rechenschaft vom tatsächlichen verderblichen Wesen des Adenauerstaates gaben, von dem hemmungslosen Erwerbs- und Genußgeist, der dort herrscht, von dem «unbewältigten», neuaufgelebten Nationalismus und Militarismus, von der schwankenden Grundlage des westdeutschen «Wirtschaftswunders» und des ganzen westlichen Kapitalismus und Imperialismus. Aber es ist ebenso richtig und ohne weiteres verständlich, daß die Hunderttausende und Millionen von Menschen, die «hinüber» wechselten, endlich einmal, nach den Schrecken der Hitler- und Kriegszeit und nach vieljährigen Entbehrungen und Beengungen, ein volleres, reicheres, unbeschwerteres und freieres Leben haben wollten, als sie es in der DDR fanden. Die Sperrmaßnahmen seit dem 13. August letzten Jahres haben der Massenflucht zwar ein Ende gesetzt — mit Recht; es war höchste Zeit geworden. Aber die *Ursachen* der Abwanderung sind damit ja nicht auch abgestellt; man hat sogar manchmal den Eindruck, als ob hinter der schützenden Berliner Mauer gewisse Fehlleistungen der Obrigkeit und ihrer Vertreter sich erst recht ungescheut und ungehemmt entfalten könnten. Wie soll das eigentlich weitergehen?

Es ist natürlich sehr billig, aber eben auch ausgesprochen demagogisch, im Ton sittlicher Entrüstung zu verlangen: «Fort mit der Schandmauer! Her mit der Freiheit für die armen Unterdrückten! Selbstbestimmung für das Volk der Ostdeutschen!» Denn diese Forderungen zu erfüllen hieße ja, wie ihre Befürworter genau wissen, nichts anderes

als daß Ostdeutschland in die kapitalistische Bundesrepublik mit all ihrem schwindelhaften Hochbetrieb eingegliedert würde, daß der Westblock bis an die Oder und Neiße vorrücken könnte und all die Bestrebungen auf Rückumwälzung der osteuropäischen Neuordnung, auf Zerschlagung der kommunistischen Oststaaten eine machtvolle Förderung erfahren würden. Und davon darf nun eben keine Rede sein, wenn uns Frieden und Sozialismus lieb sind. Mit all ihren Fehlern und Sünden ist die DDR eine Verheißung für das *ganze* Deutschland, die nicht zuschanden werden darf. Die DDR wird solange bestehen bleiben, bis der Westen die Aufgabe, die sie übernommen hat — Sozialismus auf deutschem Boden zu verwirklichen —, besser, das heißt im Geiste der menschlichen und politischen Freiheit, zu erfüllen bereit und imstand ist. Solange er das nicht kann und will, hat er kein Recht, die DDR zu verdammen — und wird auch keinen Erfolg haben mit seinem Streben, die «Sklenen Ulbrichts» und die osteuropäischen Völker überhaupt zu «befreien». Der ganze Antikommunismus wird daran scheitern, daß er an der Wirklichkeit vorbeiredet und -handelt, daß er die *Ursache* des Kommunismus nicht sehen will: das Versagen der «freien» Welt gegenüber der sozialen Not und Ungerechtigkeit. Wer die sozialistische *Diktatur* verneint, der muß den Sozialismus selbst bejahen; aber den Kapitalismus mit seiner wirtschaftlichen und politischen Diktatur aufrechterhalten und gleichzeitig die Demokratie retten zu wollen, das ist vollendeter Widersinn. Von den Staaten, die den Sozialismus zu verwirklichen unternommen haben, und im besonderen von der Deutschen Demokratischen Republik, muß deshalb gefordert werden, daß sie beim Durchbruch des Willens zum Sozialismus auch in den heute noch kapitalistisch-bürgerlichen Ländern mithelfen, indem sie tätig beweisen, daß Sozialismus nicht Mangel und Unfreiheit ist, sondern Wohlstand, Freiheit und Recht für alle. Das ist für sie gewiß eine harte Aufgabe angesichts der Bekämpfung und Unterhölung ihrer Ordnungen von außen und innen her und der Notwendigkeit, sich gegen diese Bedrohung ihres ganzen Daseins entschlossen zu wehren. Aber sie würden ja ihr Lebensrecht und ihre Lebenskraft nur selber untergraben, wenn sie vergäßen oder verkannten, daß die Mittel, ein Ziel zu erreichen, dem Geist entsprechen müssen, der hinter der Zielsetzung steht.

Die kommende Revolution in Lateinamerika

Daß man im Westen glaubt, mit dem Kommunismus fertigwerden zu können, ohne den Kapitalismus preiszugeben, hat natürlich seine guten Gründe. Man bekämpft eben im Kommunismus nicht die Diktatur, mit der man ihn in der Propaganda gleichsetzt (sonst hätte man sich nicht mit *kapitalistischen* und *feudalen* Diktaturen verbündet), sondern den Sozialismus, den man auch sonst überall zu verhindern strebt. Die Freiheit, die man angeblich verteidigt, ist nur ein Reklametrick, mit dem man die Geister ver-

wirren und die *wirklichen* Gegensätze im großen Weltkampf unserer Zeit vernebeln will. Die Freiheit, die die herrschenden Klassen des Westens meinen, ist nicht das sittlich begründete Menschenrecht; es ist die rücksichtslose Freiheit des Gewinn- und Machtstrebens, die das Lebensrecht der Einzelnen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen tritt. Vielleicht begreift man aber im Westen allmählich doch, daß der Kommunismus als Zwangs- und Gewaltregime unvermeidlich ist, solange er als die einzige Macht, die mit vollkommenem Ernst dem Kapitalismus und Feudalismus zu Leibe geht und eine sozialistische Ordnung aufzurichten sucht, von den Nutznießern der alten Ordnungen mit allen Waffen des kalten wie des heißen Krieges bekämpft wird. In den Vereinigten Staaten sollte man es jedenfalls langsam begriffen haben, zumal nach den Erfahrungen mit Kuba, dessen *sozialistische* Revolution durch die amerikanische Gegenwirkung gewaltsam auf (scheinbar) kommunistische Wege gedrängt worden ist. Und im übrigen Lateinamerika wird es nicht anders herauskommen, wenn die Vereinigten Staaten die Stützen und Verbündeten der dortigen Herrenklassen bleiben.

Ganz deutlich spricht das ein nordamerikanischer Geschäftsmann aus, der oft und weitherum in den lateinamerikanischen Ländern reisen muß und einige seiner Beobachtungen in der «Monthly Review» (März 1962) wiedergibt. Man habe, so schreibt er, den starken Eindruck, daß in Lateinamerika eine radikale Wandlung aller Dinge nahe bevorstehe. Es sei das gleiche Gefühl, das wahrscheinlich auch ein Reisender in Rußland vor 1917 oder in Frankreich vor 1789 gehabt habe. Nüchterne Geschäftsleute hätten oft genug bemerkt, daß es in den mittel- und südamerikanischen Ländern einfach nicht so weitergehen könne wie bisher. Die äußeren Zeichen des großen geschichtlichen Dramas, das sich hier vorbereite, seien unverkennbar: überfüllte Gefängnisse, ständiger Wechsel der Regierungen, unaufhörliche Kundgebungen und Streikbewegungen, grollende Massen, blutige Zusammenstöße zwischen Volk und «Ordnungskräften». Dahinter aber, so stellt dieser Yankee fest, stehe das ganze Elend eines mehr und mehr verzweifelnden und doch ein menschenwürdiges Leben begehrenden ländlichen und städtischen Proletariats:

«Es ist ein Gemeinplatz, daß Lateinamerika hungert. Je Kopf gerechnet erzeugt und verzehrt der Erdteil weniger Lebensmittel als vor dem Zweiten Weltkrieg. Die Bevölkerung steht heute bei 200 Millionen. In Ländern wie Venezuela verdoppelt sich die Volkszahl in 18 Jahren. In den nächsten 40 Jahren wird die Bevölkerung Lateinamerikas, wie man annimmt, auf 600 Millionen steigen und diejenige der Vereinigten Staaten zur ausgesprochenen Minderheit auf der westlichen Erdhälfte herabdrücken.» Von einer wirklichen Landreform ist aber außer in Kuba nirgends die Rede. Und doch liegen beispielsweise in Brasilien 95 Prozent des Bodens in den Händen von 5 Prozent der Bevölkerung; in Venezuela besitzen 2 Prozent nicht weniger als 74

Prozent des Bodens, und in Ecuador ist es nicht einmal ein Fünftel von einem Prozent der Bevölkerung, dem ein Drittel des Landes gehört. Im ganzen sind es kaum 5 Prozent der Grundbesitzer, die rund 70 Prozent des Bodens in Lateinamerika ihr eigen nennen.

Auf dem Gebiet von Handel und Industrie steht es nicht besser. Aus Lateinamerika wandert mehr Kapital ab als einströmt. Die schwankenden Rohstoffpreise (für Kaffee, Zucker, Kupfer, Zinn, Blei, Öl usw.) erschüttern die ganze Wirtschaft dieser Länder. Weithin wütet die Inflation, deren Opfer vor allem die Lohnverdiener sind. Je nachdem bewegt sich das Jahreseinkommen im Mittel zwischen 100 und 700 Dollar; die untersten Einkommen liegen noch tiefer. «Es ist in diesem Erdteil eine ganz gewöhnliche Erscheinung, daß viele Menschen ohne Geld und mit nur wenig Nahrung, Kleidung oder Obdach leben. In der Umgebung von Santiago de Chile und anderer Großstädte gibt es Siedlungen, in denen die Menschen auf fast tierischer Stufe stehen.»

Wenn Geschäftsleute, die in ihrer Freizeit den unglücklichen Bewohnern der Elendsviertel bei Lima (Peru) zu helfen suchen, sich gelegentlich äußern, die Volksmassen würden im nächsten oder übernächsten Jahr in Lima einbrechen, so mag das nicht ganz ernst gemeint sein; aber was kann man eigentlich, so fragt unser Gewährsmann, für die kommenden Jahre erwarten, wenn sich diese hungernen Massen in katastrophalem Maß vermehren in all den Städten, wo sie schon jetzt ein nicht zu bewältigendes Problem darstellen? Die Frage ist jedenfalls nicht, *ob* es in Lateinamerika eine Revolution geben wird, sondern nur, in welchen Formen sie vollzogen werden wird. An den Erfolg des «Bündnisses für den Fortschritt», also der nordamerikanischen Wirtschaftshilfe für Lateinamerika, glaubt der Verfasser des Aufsatzes nicht. Die einschneidenden sozialen Reformen, die dieses Hilfswerk voraussetzt, werden die herrschenden Klassen nicht durchführen, und zudem dürfte die Unterstützung der Vereinigten Staaten an die Bedingung geknüpft sein, daß die Empfängerländer die castrofeindliche Politik Washingtons mitmachen — was natürlich gerade das Gegenteil dessen ist, was Lateinamerika braucht. So ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß die anderen Länder Mittel- und Südamerikas gleichfalls den Weg Kubas gehen werden, auch wenn reaktionäre Militärregierungen die revolutionären Volksbewegungen zu unterdrücken suchen (wie das jetzt in Argentinien der Fall ist). Brasilien ist schon heute am Rande eines Zusammenbruches der alten Ordnungen; eine Militärdiktatur der Rechten würde dort nur zu einer Diktatur der Linken, wie in Kuba, führen, und das könnte für ganz Lateinamerika das Zeichen zur gewalttätigen Revolution sein. «Die Aussicht», so schließt der nordamerikanische Geschäftsmann seinen warnenden Aufsatz, «steht mehr als zwei zu eins, daß es so herauskommen wird, und zwar bald. Es ist in ganz Lateinamerika später, als

die meisten von uns meinen — viel später. Es liegt nicht im Plan der Geschichte, daß dieser große Erdteil außerhalb der mächtigen revolutionären Strömungen bleibt, die über die Welt hinfluten. Es sieht nur so aus, als sei Lateinamerika dazu bestimmt, einen geschichtlichen Kreislauf, den es begonnen hat (mit der ersten mexikanischen Revolution von 1910. H. K.), zu vollenden, indem es seine Revolution zuletzt vollzieht.»

5. Mai

Hugo Kramer

RELIGIÖS-SOZIALE VEREINIGUNG DER SCHWEIZ VEREINIGUNG DER FREUNDE DER «NEUEN WEGE»

Anläßlich unserer Jahresversammlung findet am

Sonntag, dem 20. Mai

mit Beginn um 9.30 Uhr im Haus des VHTL in Zürich 4, Birmensdorferstraße 67 (beim Bahnhof Wiedikon), ein Vortrag statt, zu dem auch Freunde unserer Sache, die nicht Mitglieder einer der beiden Vereinigungen sind, herzlich eingeladen sind. Herr *René Bovard* aus Genf, den unsere Leser als unermüdlichen Friedensarbeiter kennen, wird über

Unsere Aufgaben im Friedenskampf

nach der Volksabstimmung über ein Atomwaffenverbot

sprechen. Der Kampf geht ja weiter, und der Ausgang der Abstimmung vom 1. April hat uns erst recht Mut dazu gegeben.

Wir erwarten unsere Freunde und Gesinnungsgenossen recht zahlreich an der Tagung.